



LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
183 · Ausgabe BL·BS · August 2019



Den #Linksrutsch realisieren!

Mit den bevorstehenden nationalen Wahlen am 20. Oktober 2019 stehen wir sowohl national als auch in der Region Basel in vielerlei Hinsicht vor einer Richtungswahl: Es gilt einerseits, mit Eva Herzog und Eric Nussbaumer die sozialdemokratische Vertretung von Basel-Stadt und Baselland im Ständerat zu sichern. Andererseits wollen wir mit viel Elan, Enthusiasmus und starken Nationalratslisten unseren Anteil zum dringend nötigen Linksrutsch in Bundesbern beitragen. Mehr denn je ist es unser Ziel, die rechte Mehrheit insbesondere im Nationalrat zu knacken. Uns, der SP Baselland und der SP Basel-Stadt, steht in den nächsten Monaten noch ein grosses Stück Arbeit bevor, aber die jüngsten Wahlerfolge bei den kantonalen Wahlen in Zürich, Luzern, Solothurn und nicht zuletzt im Baselbiet lassen uns mit Zuversicht in den Wahlkampf steigen. Dabei gilt unser Augenmerk insbesondere den Klima-Anliegen, der Gleichstellung und der sozialen und gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Indem wir diese Themen verbinden, stehen wir alle gemeinsam ein für eine gerechte und fortschrittliche Schweiz!



Barbara Heer, Mitglied
Wahlkampfleitung SP BS



Thomas Thurnherr, Mitglied
Wahlkampfleitung SP BL

Wichtiges Element des nationalen Wahlkampfs 2019 ist die Quartierumfrage. Im Juni sind SP-Mitglieder zu Menschen nach Hause gegangen, um zu erfahren, wo sie der Schuh drückt. «Wir reden mit den Menschen, nicht über sie» ist für uns nicht nur ein schönes Schlagwort. Wir haben uns in den vielen, wertvollen Gesprächen mit den verschiedensten Menschen angehört, was sie bewegt und wie die Politik reagieren muss: Wir brauchen eine intakte Umwelt, Gleichstellung muss endlich umgesetzt werden, und die Menschen möchten gerechte Löhne, sichere Arbeitsplätze, faire Mieten und ein gesichertes Einkommen im Alter!

Rote Erfrischung im Gartenbad

Neben Gleichstellung und Klima ist die Krankenkasse ein Kernthema des diesjährigen SP-Wahlkampfes. Die SP Schweiz fordert mit der Prämien-Entlastungs-Initiative, dass kein Haushalt in der Schweiz mehr als 10 Prozent seines verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss. Ein weiterer nationaler Sammeltag ist für Samstag, den 31. August 2019, geplant.

Diesen Aktionstag nehmen wir als Anlass für eine gemeinsame Wahlkampf-Aktion. Wir haben dafür zwei sommerliche Hotspots auf der Kantonsgrenze gewählt: Bei den Gartenbädern St. Jakob und Bachgraben werden die National- und Ständeratskandidat*innen den Badegästen rote Erfrischungsgetränke ausschenken und das direkte Gespräch mit den Leuten suchen.

Der Linksrutsch ist dringend nötig, und die Herausforderungen sind zahlreich. Damit wir die rechte Mehrheit in Bern knacken können, ist das Engagement von uns allen in den nächsten Monaten gefragt. In beiden Kantonen sind viele Aktionen und Anlässe zum Wahlkampf geplant, in der sogenannten «heissen Phase» gibt es auch wieder die erwiesenermassen sehr erfolgreichen Telefonaktionen.

Wir freuen uns auf einen aktiven und lustvollen Wahlkampf mit möglichst zahlreicher Unterstützung!

E Stüür brucht Gspüür ...

Es ist das letzte Aufbäumen der rechten Mehrheit – die Baselbieter Umsetzung der Steuervorlage 17 stammt noch aus der alten Legislatur und ist ein absolutes Trauerspiel. Man hat auf der rechten Seite aus den Steuersenkungen für Unternehmen und den Abbaupaketen aus der Vergangenheit nichts gelernt. Die SP hat in der Kommission und im Parlament alles gegeben, aber am Schluss haben SVP, FDP und CVP eine knallharte Steuersenkungsvorlage durchgeboxt, die zu Steuerausfällen von gegen 60 Millionen Franken führen wird und keinen anständigen sozialen Ausgleich beinhaltet.

1. Massive Steuerausfälle

Die nationale Steuervorlage («STAF») muss von den Kantonen umgesetzt werden. Die ultratiefen Extrasteuersätze für internationale Multis werden zwar abgeschafft, aber nun sollen die Steuern für alle Unternehmen massiv gesenkt werden. Der ordentliche Steuersatz sinkt von 21 auf 13,45 Prozent.

Adil Koller, Präsident
SP BL und Landrat



Das führt zu massiven Steuerausfällen von gegen 60 Millionen Franken. Wir haben als Kompromiss einen weniger tiefen Steuersatz beantragt, das wurde von allen anderen Parteien abgeschmettert.

2. Kaum sozialer Ausgleich

Die Vorlage der Regierung sah einen winzigen sozialen Ausgleich via Familienzulagen vor – dafür hätten die Unternehmen aufkommen müssen, welche ja durch den massiv gesenkten Steuersatz von der Vorlage profitieren. Die Wirtschaftskammer-Parteien strichen

sogar das. Stattdessen gibt es ein bisschen mehr für die Prämienverbilligungen, welche ja auch der Kanton berappen muss. Für die SP hätte deutlich mehr als dieses kleine Zückerchen drinliegen müssen: Familienzulagen als Beitrag der Wirtschaft und endlich deutlich mehr Prämienverbilligungen.

Bereits diese beiden Punkte zeigen: Die Vorlage führt zu einem neuen Finanzloch – es profitieren einseitig die Unternehmen auf Kosten der tiefen Einkommen und des Mittelstands. Wie schon Eveline Widmer Schlumpf zur missratenen Unternehmenssteuerreform III sagte: «E Stüür brucht Gspüür – sunsch wird's tüür!»

Die Bevölkerung kann im November diese kompromisslos durchgestierete Abbau-Vorlage bachab schicken!



1504 Gespräche an der Haustüre – und jetzt wieder telefonieren!

Getreu dem Motto «Wir reden mit den Menschen, statt über sie» haben wir als SP Basel-Land satte 1504 Gespräche an der Haustüre geführt. Im Rahmen einer Quartierumfrage waren wir vor den Sommerferien im ganzen Kanton unterwegs und haben die Sorgen und Nöte der Bevölkerung abgeholt. Von Tecknau bis Laufen, von Binningen bis Buckten: Es wurde geschätzt, dass wir die Anliegen der Menschen ernst nehmen. Die zahlreichen freiwilligen Aktivistinnen und Aktivisten wurden angesprochen auf die steigende Prämienbelastung, die hohen Mieten oder fehlende ÖV-Anbindungen. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an alle, die mitgeholfen haben!

Bereits bei den kantonalen Wahlen war die Basiskampagne ein Kernelement für den Wahlsieg. Im Gegensatz zu anderen Parteien zählen bei uns die Menschen und nicht die Millionen. Im März konnten wir nicht zuletzt dank den über 15 000 Gesprächen am Telefon stärkste Partei werden und mit Kathrin Schweizer in die Regierung einziehen.

In Gemeinden, in denen besonders viel telefoniert wurde, konnten auch besonders tolle Resultate erzielt werden.

Auch für die nationalen Wahlen braucht es wieder das Engagement möglichst vieler Mitglieder am Telefon. Gemeinsam mobilisieren wir unseren Freundeskreis, Bekannte, Verwandte und viele weitere, die der SP nahe stehen, an die Urne zu gehen. Dass es sich lohnt, wenn viele Menschen gemeinsam an einem Strick ziehen, wissen wir ja bereits.

Von Yasmine Perrinjaquet und Nils Jocher, CampaignerInnen



ERIC NUSSBAUMER IN DEN STÄNDERAT!

Mit Eric Nussbaumer erhalten wir einen Ständerat, der für alle einsteht und etwas bewegen kann. Er verfügt über die dazu nötige Erfahrung und die Überzeugungskraft, die es für das Amt des Ständerates braucht. Er ist der würdige Nachfolger von Claude Janiak.

Was kann ich dafür tun?

- **Komiteemitglied** werden!
Anmelden über:
www.eric-nussbaumer.ch
- **Spenden** für den Wahlkampf:
Unterstützungskomitee
Eric Nussbaumer,
IBAN: CH11 0900 0000 4028 0049 9
- **Plakat aufhängen**, Flyer verteilen.
Melden bei: info@sp-bl.ch

AGENDA SP BL

- **Samstag, 31. August 2019, 9.30 – 14.30 Uhr**
Gartenbäder St. Jakob und Bachgraben
Sammeltag Prämieninitiative mit den NR-Kandidierenden aus beiden Halbkantonen
- **Mittwoch, 18. September 2019, 19.15 Uhr**
Markthalle Basel
Koordinationskonferenz SP Baselland
- **Dienstag, 10. September 2019, 20 Uhr**
Aula Burggartenschulhaus, Bottmingen
Gespräch mit Gregor Gysi
- **Bis Ende September, in allen Sektionen:**
diverse Standaktionen für die Prämieninitiative

Tanja Soland: geradlinig und engagiert – für ein soziales Basel

NACH EINER MITREISSENDEN REDE NOMINIERTEN DIE DELEGIERTEN TANJA SOLAND MIT STANDING OVATIONS FÜR DIE REGIERUNGSRATS-ERSATZWAHLEN. JETZT SIND WIR GEFORDERT, DIESE STIMMUNG ZU DEN MENSCHEN ZU TRAGEN UND FÜR DIE ROTGRÜNE REGIERUNGSMehrheit ZU MOBILISIEREN.

Eine rotgrüne Regierungsmehrheit steht für eine hohe Lebensqualität für alle, für einen starken Wirtschaftsstandort mit einem guten sozialen Ausgleich, für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur und Umwelt, für solide Staatsfinanzen und für einen offenen und vielfältigen Kanton Basel. Damit all diese rotgrünen Errungenschaften auch in Zukunft erhalten bleiben und weiterentwickelt werden können, braucht es Tanja Soland in der Regierung. Mit Tanja Soland kandidiert eine erfahrene Grossrätin, die als selbstständige Anwältin und als ehemalige Psychiatriepflegefachfrau die Anliegen der Menschen in Basel kennt. Sie steht 1. für die Fortführung der soliden, nachhaltigen und sozialen Finanzpolitik unserer Regierung, 2. für faires und bezahlbares Wohnen und 3. für einen fortschrittlichen und transparenten Staat.

Als langjähriges Mitglied der Finanzkommission ist Tanja bestens mit dem Staatshaushalt und der Finanzpolitik der rotgrünen Regierungsmehrheit vertraut. Tanja wird, wenn sie als Regierungsrätin gewählt wird, für ausgeglichene Finanzen sorgen, um die guten staatlichen Leistungen für die nachfolgenden Generationen zu bewahren und notwendige Handlungsspielräume für

Pascal Pfister,
Parteipräsident



nachhaltige Investitionen zu schaffen. Dabei muss auch vermehrt in den ökologischen Umbau investiert werden. Tanja hat sich auch immer für bezahlbaren Wohnraum eingesetzt. Ihr ist bewusst, dass günstiger Wohnraum geschützt und mehr gemeinnütziger Wohnraum geschaffen werden muss. Sie möchte auch den kommunalen Wohnungsbau des Kantons ausbauen. Für Tanja Soland ist Basel-Stadt ein fortschrittlicher Kanton, wenn zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stetig verbessert wird und Gleichstellung beim Staatspersonal selbstverständlich ist. Sie steht auch für einen transparenten Staat ein, dessen Entscheidungsgrundlagen für alle nachvollziehbar sind.

Ich bin überzeugt, dass wir mit Tanja die rotgrüne Regierungspolitik stärken und wei-

terentwickeln können. Dafür lohnt es sich zu kämpfen und darum müssen wir dafür sorgen, dass am 20. Oktober 2019 Tanja Soland in die Regierung gewählt wird!



STRASSENWAHLKAMPF STARTET JETZT!

Die heisse Phase des Wahljahres beginnt jetzt. Wir als Kantonalpartei sowie unsere engagierten Quartiervereine haben zahlreiche Aktionen vorbereitet. Damit wir aber am 20. Oktober 2019 mit einem starken Resultat für Links-Grün abschliessen können, sind wir auf die tatkräftige Unterstützung der Mitglieder und SympathisantInnen angewiesen. Wir brauchen DICH – können wir auf deine Unterstützung zählen? Es wird viele Möglichkeiten dazu geben, wie zum Beispiel die anstehenden Aktionen vom:

27. August 2019, gemeinsames Rheinschwimmen ab 17.30 Uhr
31. August 2019, Gartenbäder-Aktion ab 9.30 Uhr

Kurz vor den Wahlen führen wir wieder die Telefonaktionen durch. Merke dir bereits die Daten dafür vor: 28. September, 5. und 12. Oktober 2019, jeweils ab 10 Uhr an diversen Orten. Wir bitten um Anmeldung für alle Aktionen bei dariyusch.pourmohsen@sp-bs.ch.

Über weitere Aktionen und die Details dazu werden wir und dein Quartierverein dich zeitnah informieren. Wir freuen uns auf deine Unterstützung!

Dariyusch Pour Mohsen, Parteisekretär

AGENDA SP BS

- Mittwoch, 21. August 2019, 20 Uhr
Volkshaus Basel, Unionssaal
Delegiertenversammlung
- Dienstag, 27. August 2019, 17.30 Uhr
Rheinschwimmen SP Basel-Stadt
Weitere Infos folgen
- Montag, 22. September 2019, 20 Uhr
Volkshaus Basel, Unionssaal
Delegiertenversammlung

GROSSER RAT: IN KLEINEN SCHRITTEN VORWÄRTS

Zur Debatte um das neue Tagesbetreuungsgesetz

Fünf von sechs Mal reichte es knapp nicht: Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats lehnte mehrere Verbesserungsanträge der SP und des Grünen Bündnisses zum neuen Tagesbetreuungsgesetz ab. So wird beispielsweise der Anspruch auf Betreuungsplätze im neuen Gesetz eingeschränkt bleiben. Die Erkenntnis, dass professionelle Betreuung in einer Kindertagesstätte einen wichtigen Beitrag zur frühen Förderung und Bildung leistet und allen Kindern zur Verfügung stehen sollte, konnte sich nicht durchsetzen. Auch für die Verankerung eines Gesamtarbeitsvertrags im Gesetz reichte es nicht – obwohl ein solcher von allen Anbietern und dem Erziehungsdepartement erwünscht wäre. Ärgerlich war weiter, dass die fixe Einplanung von

Praktikantinnen im Stellenschlüssel der Kitas nicht korrigiert werden konnte. Sie drohen weiterhin als billige Arbeitskräfte ausgenutzt zu werden.

Altbackene Vorstellungen

Gut einen Monat vor dem Frauen*streik zeigte die teils sehr intensive Debatte im Grossen Rat, dass die Haltung der bürgerlichen Mehrheit gegenüber Gleichstellungsanliegen altbacken ist. Die Steine, welche jungen Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Weg gelegt werden, haben etwas mit konventionellen Rollenbildern zu tun. Auch die Ausbeutung der Arbeitskräfte in der Kinderbetreuung fusst auf dem Geschlecht. In der Kinderbetreuung arbeiten mehrheitlich Frauen zu pre-



Franziska Roth, Grossrätin SP



Claudio Miozzari, Grossrat SP

kären Löhnen, um anderen Frauen das – in der Regel ebenfalls unterbezahlte – Arbeiten zu ermöglichen.

Wieso stimmte die SP-Fraktion dem neuen Gesetz trotzdem zu? Auch wenn der grosse Wurf nicht gelungen ist, macht das revidierte Tagesbetreuungsgesetz kleine Schritte vorwärts. So wird die Unterstützung der Eltern erhöht und die bisher nur teils subventionierten Plätze werden voll unterstützt. Zudem ermöglicht es den Gemeinden, eigene Kitas zu führen, sollte das private Platzangebot nicht ausreichend sein. Das neue Tagesbetreuungsgesetz birgt aber auch Risiken. Die neue Wahlfreiheit der Eltern kann zur Qual werden, wenn nicht genügend Plätze vorhanden sind. Zum Glück nimmt genau in diesem Punkt der erfolgreiche Antrag von SP und Grünem Bündnis das Erziehungsdepartement mehr in die Pflicht. Wer einen Platz über die Vermittlungsstelle sucht, hat innerhalb von drei Monaten Anspruch darauf. Dank dieser Verbesserung können sich die Eltern in Basel-Stadt darauf verlassen, dass der Kanton für ein ausreichendes Angebot sorgt.

LANDRAT: AUSBLICK LEGISLATUR 2019 – 23

Gestaltungswillen durchsetzen!

Die 22 Mitglieder der SP-Landratsfraktion sind am 1. Juli selbstbewusst in die neue Legislatur gestartet. Die zehn Frauen und zwölf Männer bilden mit einer breiten Altersspanne von 25 bis 67 Jahren die Pluralität der stärksten Partei im Kanton ab. Mit sieben neu gewählten LandrätInnen beginnt für ein Drittel der Fraktion die erste Legislatur.

Als neu stärkste Fraktion im Kantonsparlament und mit Kathrin Schweizer in der Regierung muss es unser Ziel sein, der bürgerlichen Abbaupolitik definitiv ein Ende zu setzen und das Baselbiet wieder aktiv zu gestalten. Am meisten Gestaltungsspielraum haben wir in der Bau- und Planungs- sowie in der

Miriam Locher,
FraktionspräsidentinRoman Brunner,
Fraktionsvizepräsident

Umweltschutz- und Energiekommission, wo wir jeweils die Präsidien stellen und in Letzterer sogar eine links-grüne Mehrheit haben. Im Zusammenspiel mit dem grünen Bau-, Verkehrs- und Umweltschutzdirektor können so wichtige Vorlagen zu ökologischen Fragen, Klima, öffentlichem Verkehr und Bauprojekten entscheidend beeinflusst werden.

Auch in der wichtigen Geschäftsprüfungskommission haben wir eine links-grüne Mehrheit und können somit deren Entscheide prägen. All diese Vorteile dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir nach wie vor aus einer Minderheitsposition heraus politisieren und unsere Ideen im bürgerlich geprägten

Parlament und der rechtsbürgerlichen Regierung einen schweren Stand haben.

Umso wichtiger ist es, zentrale Anliegen weiterhin mittels Vorstössen zu platzieren. Nur so erreichen wir eine starke Bildung für alle, eine Stärkung der Partnerschaft mit Basel-Stadt, zahlbare Krankenkassenprämien für alle, eine nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätsplanung, gute Arbeitsbedingungen, Gleichstellung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengerechtigkeit und eine faire Steuerbelastung.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Anliegen im neu zusammengesetzten Parlament mehr Gehör finden. Nach der rechtsbürgerlichen Machtdemonstration der letzten vier Jahre erhoffen wir uns wieder vermehrt Diskussions- und Kompromissbereitschaft. Sonst schrecken wir nicht davor zurück, weiterhin von unserer Sperrminorität Gebrauch zu machen und die Bevölkerung unsinnige Parlamentsentscheide korrigieren zu lassen.